

# SENNEGEMEINDE HÖVELHOF

## DER BÜRGERMEISTER



### **Rede des Bürgermeisters Michael Berens zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024 in der Sitzung des Gemeinderates am 09.11.2023**

---

**Sperrfrist: 09.11.2023 - 19.00 Uhr -  
Es gilt das gesprochene Wort.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, Ihnen heute meinen 20. Haushalt präsentieren zu dürfen, obwohl sich die Freude über das Zahlenwerk sicher in Grenzen hält!

Haushaltsreden sind jeweils Kinder ihrer Zeit und geben dem nackten Zahlenwerk auch Einschätzungen und Empfindungen zur jeweils aktuellen Lage wieder.

Sie waren immer gespickt mit Appellen an die übergeordneten Behörden, Maß bei der Aufgabenübertragung zu halten und den Kommunen Luft zum Atmen zu lassen. Sie sind aber auch ein Dank an die vielen ehrenamtlich Aktiven, die zum Wohl einer Gemeinde beitragen und das Miteinander lebenswert machen. Dazu gehören natürlich Sie, verehrte Mitglieder des Rates. Ihnen ist das Gemeinwesen vor Ort eine Herzensangelegenheit, in die Sie viel Zeit und Ideenreichtum investieren. Sie sind ein Anker unserer Demokratie! Dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken.

Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, extremistischen Einflüssen keinen Raum zu geben. Hören wir auf die ausgesendeten Signale der Bevölkerung. Handeln wir zu deren Wohle und nicht nach parteieigenen Ideologien! Geben wir populistischen Kräften keine Chance, ihre Spielfelder zu finden.

In den letzten zwei Jahrzehnten waren die kommunalen Haushalte stets von äußeren Widrigkeiten bestimmt: Konjunkturschwankungen, Wirtschaftskrisen, Flüchtlingskrisen, Energiekrisen, neue Aufgabenzuweisungen oder Förderprogramme! Düstere Finanzprognosen und positive Jahresabschlüsse, freudige Jahresbeginne und unerwartete

Szenarien der Weltgeschichte, die alles durcheinanderwirbelten! Da wir schon länger keine prognostizierbaren Schlüsselzuweisungen mehr erhalten, war unser Jahresergebnis immer von den Gewerbesteuererträgen abhängig und dadurch vorher nie genau kalkulierbar. Glücklicherweise war die Entwicklung meist besser als erwartet. Bei Finanzbrüchen waren wir eher betroffen als Schlüsselzuweisungsempfänger, kamen beim Aufschwung jedoch auch schneller wieder aus der Krise heraus. Wir haben in den letzten 20 Jahren keine Kredite aufgenommen und den Schuldenstand nach heutigem Stand auf unter 2 Mio. Euro abgebaut. Unsere Ausgleichsrücklage ist mit gut 10 Millionen Euro gut gefüllt, sodass wir grundsätzlich widerstandsfähiger als die meisten anderen Kommunen sind.

In meinen Haushaltsreden habe ich stets Unwuchten aufgezeigt, immer in Hinblick darauf, dass wir in unserer kommunalen Selbstverwaltung und damit unserer Finanzhoheit weiter untergraben werden! Oft war ich der einsame Rufer in der Wüste.

Leider hat sich meine Prognose in den letzten Jahren verstetigt: Die politischen Handlungsträger in Bund und Land haben sich neue ideologische Spielwiesen gesucht, mit denen sie in ihrer Amtszeit nach außen glänzen wollen. Die Ausführung ihrer Ideen überlassen sie häufig uns vor Ort, zum großen Teil ohne finanzielle Gegenleistung.

Mit Begriffen wie „Zeitenwende“, „Doppel-Wumms“ oder „Deutschlandpakt“ wurden zuletzt große Schlagzeilen produziert, ohne sie mit jeglicher Substanz zu hinterlegen. Vorschriften wie das Gebäudeelektromobilitätsinfrastrukturgesetz, die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung durch mittelfristig wirksame Maßnahmen (EnSimiMaV), das Gebäudeenergiegesetz, das Wärmeplanungsgesetz, zahlreiche Änderungen im Baugesetzbuch und der Landesbauordnung: Der Amtsschimmel wiehert immer lauter!

Wir sollen uns mit kaltem Wasser waschen und verbieten Zebrastreifen wegen fünf zu wenig fahrender Autos innerhalb einer Stunde. Unser überreguliertes Ausschreibungssystem führt dazu, dass sich bei bestimmten Gewerken keine Firmen mehr melden. Öffentliche Gebäude werden unerwartet teuer, da alle Honorare für Planungsleistungen nach der Höhe der Bausummen kalkuliert werden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Initiatoren der Sennebad GmbH beweisen uns gerade, dass es anders geht: Mit sinnvollen Nachverhandlungen und Preisdeckelungen können Einsparungen von über 30 Prozent erzielt werden. Sogar die ausführenden Firmen präferieren ein System aus weniger Bürokratie und mehr Handlungsfreiheit. Das Projekt Hallenbad könnte vorbildlich für viele öffentliche Bauten in Deutschland sein. „Einfach mal machen lassen“: Dieser prägende Satz sollte Leitsatz für eine grundlegende Reform im öffentlichen Finanz- und Vergabewesen sein.

Natürlich weiß ich, dass dies Utopie sein wird, da dadurch Jahrzehnte gewachsene Strukturen plötzlich zerschlagen würden. In Anbetracht der derzeitigen Rezession und Inflation darf es zukünftig keine Denkverbote mehr geben.

Für mich gehört besonders die ausufernde „Förderitis“ auf den Prüfstand. Natürlich nehmen wir ebenfalls daran teil, um wenigstens einen Teil der uns zuvor entzogenen Gelder zurückzubekommen. Der Staat nimmt uns das Geld, um es dann wieder in seinem Sinne großzügig zu verteilen. Besser wäre es, man würde uns die Gelder von vornherein belassen und uns selbst entscheiden lassen, was wir damit tun.

Nur noch größere Behörden mit speziell geschulten Mitarbeitern können Fördertöpfe in diesem Dschungel erkennen, die richtige Lyrik für die Anträge finden und die Projekte im Sinne des Fördergebers abwickeln. Das Ganze hat inzwischen Ausmaße angenommen, wie wir sie noch vor zwei Jahrzehnten nicht kannten. Alle Kommunen ächzen unter dieser Last und haben dies schon häufig deutlich artikuliert. Doch es wird immer schlimmer!

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden den Kommunen zukünftig weitere Milliarden an Steuereinnahmen vorenthalten.

Die unkontrollierte Zuweisung von Flüchtlingen in unsere Kommunen ist inzwischen in der politischen Diskussion angekommen. Alle demokratischen Parteien haben das Problem erkannt und suchen ihrerseits nach Lösungen. Die in dieser Woche im Rahmen des Migrationsgipfels beschlossenen Maßnahmen sind ein erster Ansatz, allerdings bei weitem nicht ausreichend. Die nun anvisierte 7.500 €-Pauschale wird die laufenden Kosten nicht decken. Hier erwarten wir Nachbesserungen durch Bund und Land. Außerdem sollten nur diejenigen Flüchtlinge auf die Gemeinden verteilt werden, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. „Die Grenzen der Zuwanderung müssen den Grenzen der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft entsprechen, auch im Interesse der Geflüchteten“, so die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes NRW zum jüngsten Migrationsgipfel.

Allein von Oktober bis heute haben wir 40 Zuweisungen bekommen, zumeist alleinstehende Männer. Die hohen Zuweisungszahlen werden sich voraussichtlich in den nächsten Wochen fortsetzen, sodass wir spätestens Ende des Jahres an den Grenzen unserer Aufnahmemöglichkeiten angekommen sind. Der Neubau an der Bielefelder Straße sowie die Anmietung weiterer Wohnmöglichkeiten wird den Bedarf allein nicht decken können. Um eine

Unterbringung in Turnhallen zu vermeiden, denken wir bereits intensiv über die Anmietung von Wohncontainern nach.

Zu begrüßen ist die Einführung von Bezahlkarten, mit denen Güter des täglichen Lebens eingekauft werden können. Dadurch wird die Möglichkeit eingeschränkt, Gelder zurück in die Heimatländer zu überweisen.

Das Thema „Sicherheit“ ist in den letzten Monaten zu einer der größten Sorgen unserer Bevölkerung gereift. Die Menschen haben vermehrt Angst vor Krieg und Bedrohung von außen. Vor zwei Jahren habe ich in meiner Haushaltsrede die Abschaffung der Wehrpflicht kritisiert. Jetzt ist sie wieder ein bundespolitisches Thema, gerade nach den jüngsten Aussagen des meines Erachtens guten und ehrlichen Verteidigungsministers Pistorius.

Gerade erst in dieser Woche haben wir vernommen, dass das Panzerbataillon 203 und damit unsere Patenkompanie ab dem kommenden Sommer dauerhaft nach Litauen verlegt wird. Was dies für die Soldaten persönlich bedeutet, ist schwer auszumalen: Zukünftig in einem anderen Land zu leben und zu arbeiten, fernab der Heimat und der Familie, direkt an der Grenze zum russischen Aggressor. Wir sind allen Einsatzkräften sehr dankbar, dass sie ihr Leben für den Frieden und die Freiheit in Europa riskieren und werden die Patenschaft zukünftig weiter pflegen. Die Soldatinnen und Soldaten sollen spüren, dass wir in Gedanken bei ihnen sind und sie bei uns ein offenes Ohr und Rückendeckung bekommen. Ohne eine stabile Verteidigungsbereitschaft werden wir nicht mehr auskommen. Sie ist wichtiger denn je.

Die „innere Sicherheit“ ist ebenfalls ein entscheidendes Thema der Gegenwart. Wir erleben Hass und Gewalt auf den Straßen. Bilder aus Essen und Neu-Kölln versetzen uns in Angst und Schrecken. Dies gerade am heutigen geschichtsträchtigen 9. November erwähnen zu müssen, macht die Angelegenheit besonders bedrückend.

Nie hätten wir es für möglich gehalten, dass offener Juden-Hass in Deutschland wieder auf unseren Straße in einem solchen Ausmaß passieren kann. Ja sogar Tausende nach einem „Kalifat“ rufen. Dies besorgt die Menschen, weil sie sehen, dass unser Staat und Rechtssystem dem zeitweise machtlos gegenübersteht. Unsere Polizei riskiert ebenfalls ihre körperliche Unversehrtheit für unsere Sicherheit, braucht jedoch einen anderen Rechtsrahmen und mehr Befugnisse, um diese Menschen in Gewahrsam zu nehmen und den Abschiebebehörden zuzuführen. Wer unsere freiheitliche Demokratie durch eine menschenverachtende und frauenfeindliche Diktatur ersetzen will, gehört nicht zu unserem Land.

Wir leben hier in Hövelhof noch auf einer „Insel der Glückseligkeit“, dürfen unsere Augen trotzdem nicht verschließen. Auch bei uns sind vereinzelt Sachbeschädigungen und Körperverletzungen im öffentlichen Raum festzustellen. Unsere Sicherheitskraft ist an jedem Wochenende nachts unterwegs, um zu kontrollieren und Ordnungsverstöße mit Bußgeldern zu ahnden und dies bereits seit 20 Jahren! Für eine Kommune unserer Größenordnung ist dies nicht selbstverständlich, hat jedoch bereits manche Beeinträchtigung verhindert!

Für mich völlig unverständlich möchte die Regierung jetzt den Genuss von Cannabis freigeben. Für uns wird es damit noch schwieriger, stringent zu handeln und Dealer aus dem Verkehr zu ziehen. Statt klare Regeln zu schaffen, werden aus ideologischen Gründen die Tore für Drogenkriminalität weiter geöffnet. Ich hoffe, dass diese widersinnige Drogenfreigabe in Deutschland noch gestoppt wird.

Gleichzeitig haben im Kreis Paderborn die Fälle von Kindeswohlgefährdung stark zugenommen. Dies macht sich an der enorm gestiegenen Jugendamtsumlage bemerkbar. Woran liegt dies? Einige Eltern schieben die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder und Jugendliche allein an die staatlichen Einrichtungen ab. Unsere Kindergärten und Schulen sind damit immer mehr überfordert. In der gesamten Region ist vermehrt von Unterrichtsausfällen und der Schließung von Kindergärten aufgrund von Personalmangel zu hören. Es ist nicht deren ureigene Aufgabe, Kinder zu erziehen, sondern Bildung zu vermitteln, obwohl oftmals in der öffentlichen Wahrnehmung etwas anderes vermittelt wird. Ohne die Förderung und das intensive Kümmern aus dem Elternhaus geht es nicht! In unseren Familienzentren können sich Eltern wertvolle Tipps und Ratschläge holen.

Die Schulen berichten davon, dass einige Kinder heute vermehrt unter starkem Druck stehen und daran teilweise zerbrechen. Die sogenannten „sozialen Medien“ suggerieren eine Scheinwelt mit Stars und Sternchen, Top-Aussehen und Ausstrahlung. Diesen „Vorbildern“ wollen die jungen Menschen nacheifern, was unter anderem Magersucht oder die Einnahme von Amphetaminen, Antidepressiva oder Drogen zur Folge haben kann. Vielen Jugendlichen ist der Druck zu hoch, ständig unter Beobachtung zu stehen. Sie brauchen ihre Freiheiten und Rückzugsräume, Anerkennung und Lob, Zuneigung und Wahrnehmung. Sie wünschen sich wahre Vorbilder aus dem realen Leben.

Mit unserem „Arbeitskreis Sucht“ versuchen wir seit zwei Jahrzehnten diese Signale rechtzeitig zu erkennen und präventiv zu wirken. In Hövelhof haben wir vorrangig in Sicherheit und Bildung investiert. Die räumliche Ausstattung unserer Kindergärten und Schulen sowie des

HoT's hatte in Hövelhof stets oberste Priorität. Dies soll sich in den nächsten Jahren fortsetzen, was unter anderem an den Investitionen für das Jahr 2024 abzulesen ist.

Trotz angespannter Finanzlage wollen wir weiter an der finanziellen Unterstützung der Vereine und Wohlfahrtsverbände festhalten. Genau hier werden Aufgaben für die Menschen erledigt, die einen riesengroßen Mehrwert für die Gesellschaft bringen, der mit Geld nicht aufzuwiegen ist. Durch unsere einzigartige Kombination aus Kommune und Vereinswelt können wir in Hövelhof nach wie vor besondere Dinge realisieren.

In Hövelhof organisiert nicht die Gemeinde die großen Feste wie Hövelmarkt, Nikolausmarkt oder Maibaum- und Radelfest, sondern der ehrenamtliche Verkehrsverein. Nicht die Gemeinde organisiert große Festivals, sondern der ehrenamtliche Sennekult. Zahlreiche Menschen und Gruppen kümmern sich um die Integration von Flüchtlingen. Ehrenamtliche Kräfte fahren das „Essen auf Rädern“ aus und haben immer ein offenes Ohr für die älteren Menschen. Nicht die Gemeinde baut das Hallenbad in der Größenordnung von 10 Millionen, sondern ein ehrenamtlicher Verein. Ein besonders herzliches Dankeschön darf ich daher erneut den Initiatoren des Fördervereins Sennebad aussprechen. Was hier für unsere Bürgerschaft aus Eigenantrieb geleistet wird, ist unglaublich. Bereits für den kommenden August erwarten wir die Inbetriebnahme des Hallenbades und haben einen anteiligen Zuschussbeitrag im nächsten Haushalt eingeplant.

Wo gibt es so etwas sonst? Wenn wir den Menschen Vertrauen schenken, vielleicht sogar manchmal als Verantwortungsträger selbst in die zweite Reihe rücken, kann Großes entstehen. Lassen Sie uns unseren Hövelhofer Weg daher weiter so fortsetzen und nicht am falschen Ende sparen.

Finanziell werden wieder bessere Tage kommen, dies kann ich Ihnen nach meiner bisherigen Erfahrung prognostizieren. Das Land wird alles dafür tun müssen, die Kommunen nicht komplett absaufen zu lassen.

Nach unseren positiven Jahresergebnissen der letzten Jahre und mit unserer starken Steuerkraft werden wir durchstarten, sobald die Wirtschaft wieder anspringt.

Parallel müssen wir die aktuelle Krise nutzen und für unseren Staatsaufbau und unser rechtsstaatliches Handeln neue Wege schaffen:

Weg mit der ausufernden Bürokratie, weg mit dem Förderdschungel, weg mit den Mittelbehörden: Es darf kein Tabu mehr geben, wenn wir das Leben vor Ort stärken wollen.

Wir können nicht dauerhaft den Landschaftsverband und den Kreis mit ernähren, ohne Einfluss auf die Aufgabenwahrnehmung und Zahl der dortigen Mitarbeiter zu haben. Die 10-prozentigen Tarifsteigerungen dort schlagen sich dramatisch auf unsere Umlagen nieder und sorgen für ein Rekorddefizit in unserem Haushalt.

Wir brauchen keine Kulturdenkmäler des LWL und schon lange keine Stalag-Gedenkstätte in der Größenordnung von 65 Millionen Euro und laufenden Betriebskosten von jährlich 6 Millionen Euro. Wir in Hövelhof wirken bei der Konzeption und Ausgestaltung gerne mit, da die Gefangenen an unserem Bahnhof erstmalig deutschen Boden betreten haben und von hieraus ihren Weg in das Stalag antreten mussten. Im Seuchenlazarett Staumühle fanden viele Gefangene den Tod. An diese schrecklichen Menschenverbrechen muss weiter erinnert werden. Sie dürfen nie wieder passieren und sollen allen Nachkommen eine Mahnung sein. Erinnerungskultur ist gerade in den aktuellen Kriegszeiten dringender denn je erforderlich, darf aber in finanziell dramatischen Zeiten nicht diese unverhältnismäßigen Größenordnungen annehmen. Wenn Bund und Land diese Gedenkstätte in dieser Form trotzdem möchten, dann dürfen sie nicht die kommunale Familie mit den Unterhaltungskosten belasten, sondern sollen das Projekt gefälligst selbst finanzieren. Hier handelt es sich um eine Staatsaufgabe und keine kommunale Angelegenheit

Der Kreis ist in diesem Jahr bereits in einem frühen Stadium an uns herangetreten, um die Auswirkungen der dramatischen Haushaltslage zu kommunizieren. Wir haben schon oft über die Kreisumlage geschimpft: Eine solche Steigerung hat es in der Geschichte noch nie gegeben!

Wir Bürgermeister hatten in den letzten Wochen einen sehr engen Dialog mit dem Landrat, dem ich ein großes Kompliment für seine Transparenz und Kommunikation aussprechen möchte. Er hat uns zugehört und einige unserer Vorschläge unmittelbar in die Haushaltsplanungen einfließen lassen. Dadurch konnte die trotzdem überdimensionale Kreisumlageerhöhung zumindest ein wenig abgemildert werden. Er hat die Nöte der Kommunen vor Augen und uns die Zusage gegeben, weiter an der Überprüfung der Kreisaufgaben sowie des Stellenkegels im Kreishaus zu arbeiten.

Trotzdem stehen diesen durch den Kreis verursachten 3,2 Millionen Euro Mehrbelastung keine Mehreinnahmen auf unserer Seite gegenüber, so dass wir vor einem strukturellen Problem bei der Gemeindefinanzierung stehen. Allein die Steigerung der allgemeinen Kreisumlage beträgt 1,67 Mio. €. Um nur diese Steigerung zu decken, müssten wir eigentlich die Hebesätze für die Grundsteuer B um + 134 % auf 613 % und die Gewerbesteuer um + 27 % auf 441 % erhöhen.

Rechnet man die Steigerung der Jugendamtsumlage von 1,63 Mio. € hinzu, würde sich die notwendige Steuererhöhung sogar verdoppeln und ins Unermessliche steigen.

Der Kreis braucht sich für diese Steigerung nicht unmittelbar bei der Bürgerschaft zu rechtfertigen, während wir immer die Zumutbarkeit für unsere Steuerzahler zu eruieren haben. Gerade in Zeiten der hohen Inflation und Preissteigerungen wollen wir unseren Bürgern nicht noch mehr Belastungen zumuten, sondern antizyklisch wirken.

Wir verzichten daher im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kommunen auf eine Steuererhöhung! Kommunen mit geringen Steuersätzen geht es erfahrungsgemäß besser als anderen, da sie als Standort für Wirtschaftstreibende und Grundstückseigentümer eine hohe Attraktivität ausstrahlen. Nicht umsonst zählen wir nach einer aktuellen Studie zu den dynamischsten und attraktivsten Gemeinden in NRW. Dies belegt auch die weiter anhaltende Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken: Auf unsere 40 neuen Bauplätze für das Gebiet „Portemeiers Kreuz“ sind zuletzt rund 150 Bewerbungen eingegangen.

Wir haben zukünftig im Kreis Paderborn die zweitniedrigsten Steuersätze und sehen uns im Standortwettbewerb gut gewappnet.

Derzeit läuft die Vermarktung der Grundstücke im neuen Gewerbepark Senne, aus denen wir demnächst 45 Prozent der Gewerbesteuerzahlungen bekommen werden. Sehen wir der Zukunft daher optimistisch entgegen.

Der Kämmerer wird im Anschluss auf das Zahlenwerk des Ergebnishaushaltes näher eingehen.

### **Investitionen:**

Durch die angesprochenen Notwendigkeiten beim Thema Sicherheit und Bildung haben wir für das kommende Jahr Rekordinvestitionen in Höhe von insgesamt 18.479.050 Mio. € im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.

Dem stehen Einzahlungen in Höhe von 6,85 Mio. € entgegen. Hierzu tragen insbesondere die Zuwendungen mit rd. 3,7 Mio. € sowie die Veräußerungserlöse für Baugrundstücke mit rd. 3 Mio. € bei.



Folgende größere Investitionen haben wir 2024 geplant:

### **Neubau des Feuerwehrgerätehaus: 6 Mio. Euro**

Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses ist die wohl wichtigste und größte Investition der letzten zwei Jahrzehnte. Nach dem Spatenstich im Frühjahr konnten wir im Oktober bereits die Grundsteinlegung feiern und uns im Rohbau ein erstes realistisches Bild von den neuen Räumlichkeiten verschaffen. Es ist zu spüren, wie sorgsam Feuerwehr, Bauamt und Architekturbüro dieses Gebäude geplant haben. Zugeschnitten auf die speziellen Bedürfnisse unserer Feuerwehr wurden alle gestiegenen Anforderungen an Sicherheit und Hygiene berücksichtigt. Die Feuerwehr bekommt einen Gebäudekomplex, von dem aus fast alle Einsatzorte innerhalb der vorgesehenen 8-Minuten-Frist erreicht werden können. Wir liegen aktuell fest im Zeit- und Kostenrahmen. Die Fertigstellung des Verwaltungs- und Sanitärtraktes ist für den Sommer 2024 geplant. Anschließend wird das bisherige Gerätehaus abgerissen und durch eine Fahrzeughalle mit 10 Einstellmöglichkeiten ersetzt. Während der Bauphase werden die Fahrzeuge in einem Provisorium auf dem angrenzenden Übergangsparkplatz untergestellt. Die endgültige Fertigstellung ist für den Sommer 2025 vorgesehen. Insgesamt sind rund 9,3 Mio. Euro kalkuliert. Im kommenden Jahr erwarten wir einen Anteil von rund 6 Mio. Euro. Für diese Maßnahme werden wir im kommenden Jahr erstmals seit Beginn des Jahrtausends wieder Darlehn am freien Kreditmarkt aufnehmen müssen.

### **Neuanschaffung Fahrzeuge für die Feuerwehr: 220.000 Euro**

Wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt, ist 2024 die Ersatzbeschaffung eines Kleinfahrzeuges (KEF) vorgesehen. Es dient der gemeinsamen Nutzung von Feuerwehr und Tagesbereitschaft des Bau- und Servicebetriebes bei Kleineinsätzen und Ölunfällen. Gemäß Brandschutzbedarfsplan erreicht es im Jahr 2024 seine maximale Nutzungszeit von 12 Jahren und soll durch ein Vorführfahrzeug ersetzt werden. Preissteigerungen von ca. 30 Prozent am Sonderfahrzeugmarkt sehen nunmehr einen höheren Ansatz vor, als noch im vergangenen Jahr prognostiziert.

### **Neuanschaffung Fahrzeuge Bauhof: 160.000 Euro**

Geplant ist in erster Linie die Anschaffung eines neuen Multicars. Das alte Mehrzweckfahrzeug stammt aus dem Jahr 2013 und wird im öffentlichen Bereich an verschiedensten Stellen eingesetzt. Das Multicar ist äußerst robust und vielseitig einsetzbar. Er bietet eine hohe Tragfähigkeit und eine große Nutzlast. Dadurch wird es den Bauhofmitarbeitern ermöglicht, auch schwere Geräte, Werkzeuge und Rohmaterial sicher zu transportieren. Es kann mit Zusatzgeräten wie Schlegelmäher, Streuer und Keilräumschild ausgestattet werden und ist somit zu allen Jahreszeiten ein unerlässliches Gerät für den Bauhof.

### **Ortskernkonzept: 400.000 €, davon Zuwendungen 180.800 €**

Das erfolgreiche Ortskernkonzept 2020 steht kurz vor dem Abschluss. Für die Freilegung der Sichtachse wurde bereits 2020 ein Förderbescheid durch die Bezirksregierung erlassen. Grundlage war der vom Rat beschlossene Plan mit Abriss des Gebäudes Möller und Fortführung der Schlossgartengestaltung bis zur Allee. Als letzter Baustein dieser Gesamtmaßnahme sollen die Wegeverbindungen fortgesetzt und ein neuer Abschluss mit blühenden Beeten am Zugang geschaffen werden. Neue Bäume werden den Alleecharakter stärken. Auch der Einbezug des benachbarten Gartengrundstückes ist denkbar. Das gemeindeeigene ehemalige „Möllergrundstück“ könnte zukünftig auch für Veranstaltungen genutzt werden.

Das Planungsbüro Wewer überarbeitet derzeit die bisherigen Pläne. Sollten diese nach der Vorstellung im Gemeinderat Zustimmung finden, wäre eine Umsetzung im Jahre 2024 möglich.

### **Planungskosten für die Neugestaltung der Bahnhofstraße inkl. Quartier Feldhagen und Westfalenstraße: 150.000 €**

Die Bahnhofstraße ist eine der wichtigsten Verkehrsstraßen von Hövelhof, da zahlreiche Nutzer mit unterschiedlichen Interessen auf dieser Achse liegen. Sie ist zudem eine erste Visitenkarte für aussteigende Bahnfahrer, Touristen und Besucher. Durch das neugeschaffene Arminius-Carré konnte zuletzt eine deutliche Aufwertung der Umgebung erreicht werden.

Bereits bei der Verabschiedung des Ortskernkonzeptes 2020 wurde die Sanierung der Bahnhofstraße als eigenfinanzierte Maßnahme aufgenommen. Durch die nun endgültig

geplante Abschaffung der KAG-Beiträge mit Finanzierungsausgleich durch das Land werden die Anlieger nun nicht mehr zur Mitfinanzierung herangezogen. Im kommenden Jahr wollen wir nunmehr mit den Planungen beginnen. Neben der reinen Straßenplanung soll auch eine Verkehrsplanung durchgeführt werden, um Möglichkeiten eines besseren Verkehrsflusses zu eruieren. In diese Überlegungen sollen auch die Nachbarstraßen Feldhagen und Westfalenstraße miteinbezogen werden.

### **Barrierefreier Umbau von Haltestellen: 265.000 Euro (davon Zuweisung 238.500 Euro)**

Auch im kommenden Jahr werden wir das Programm zum barrierefreien Umbau von Haltestellen fortsetzen. Die Fördersumme durch den NWL beträgt weiterhin 90 Prozent. Folgende neue Maßnahmen sind eingeplant:

- Von-der-Recke-Straße/Wendeschleife Parkplatz
- Kirchscheule/Wendeschleife
- Staumühle/Wendeschleife
- Kirche Espeln

### **Wirtschaftswegerneuerung 800.000 € (Förderung 500.000 €):**

2021 hatten wir das Wirtschaftswegekzept erarbeitet. Dieses sieht eine Priorisierung der Wirtschaftswege vor und ist Maßgabe für eine Förderung durch das Land, die pro Projekt 60 %, jeweils bis zu 500.000 €, beinhalten kann. Da wir in das Leader-Programm aufgenommen wurden, hat sich die Förderquote um weitere 10 % erhöht. Für die Förderung ist eine Deckschichtsanierung nicht ausreichend, sondern zwingend ein neuer Aufbau notwendig.

Mit der Heinrichstraße konnte gerade die erste große Maßnahme gestartet werden, nach dem in diesem Jahr die Förderzusage eingetroffen ist.

In diesem Jahr wurde darüber hinaus der Mühlenschulweg (300.000 €) und die Ramselstraße (500.000 €) beantragt, wobei die letztere Straße von der Bezirksregierung bereits als nicht förderfähig abgelehnt wurde.

Für das kommende Jahr schlagen wir erneut vor, die Maximalförderung anzupeilen.

Nach dem Wirtschaftswegekonzept des Büros Ge-Komm, Melle, kommen dazu als „kurzfristig“ vorgeschlagene Maßnahmen folgende Straßenzüge in Frage:

- Hirschpark
- Hasendorfweg
- Balkenweg
- Hallerweg
- Im Brande
- Steinhorster Straße
- Am Wasserstrang
- Langer Weg

**Erneuerung Von-Galen-Straße: 170.000 €, davon Landesförderung 85.000 €**

Die Von-Galen-Straße muss kanaltechnisch und straßentechnisch saniert werden. Die früher von den Anliegern zu tragenden KAG-Beiträge sollen zukünftig durch das Land gegenfinanziert werden, so dass ein 50-prozentiger Zuschuss eingeplant wurde.

**Erweiterungsbau Realschule: 6 Mio. €**

Bei der Franz-Stock-Realschule handelt es sich um eine vierzügige Schule, die sich hoher Beliebtheit in Hövelhof und in den benachbarten Orten erfreut. In diesem Jahr mussten sogar fünf Eingangsklassen gebildet und dafür zusätzliche Klassenräume in Containern geschaffen werden.

Unabhängig davon wurde bereits im vergangenen Jahr durch das beauftragte Institut GEBIT festgestellt, dass die Raumkapazitäten an der Schule nicht mehr ausreichend sind. Für die heutigen Unterrichtsformen fehlen insbesondere Differenzierungsräume. Die Verwaltung hat daher in diesem Jahr in enger Abstimmung mit der Schulleitung erste Vorplanungen durchgeführt, die in der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorgestellt wurden. Demnach ist ein zweigeschossiger Anbau mit Verbindungsgang in westlicher Richtung geplant, in dem insbesondere die Fachräume untergebracht werden sollen. Die dadurch freigewordenen Kapazitäten würden dann für Klassenräume genutzt. Die Planungen werden nach dem positiven Votum des BUA nunmehr vertieft und bis zur Entwurfsplanung fortgeführt.

Die Maßnahme wird nach ersten Berechnungen mit 6 Millionen Euro veranschlagt und eine Bauzeit von rund 2 Jahren nach sich ziehen.

### **Umbau Physikraum und Biologieraum Hauptschule: 120.000 €**

Neben dem bereits beschlossenen Umbau des Chemieraumes sind auch die weiteren naturwissenschaftlichen Räume der Krollbachschule zu sanieren, da diese sicherheitstechnisch und pädagogisch nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Nachdem nunmehr klar ist, dass diese Räume am bisherigen Standort verbleiben, wird die Maßnahme im kommenden Jahr endgültig umgesetzt.

### **OGS Mühlenschule, Umbau Gymnastikhalle: 200.000 €, davon Förderung 170.000 €**

Die Platzkapazitäten an der OGS-Mühlenschule sind aufgrund der gestiegenen Nachfrage nicht mehr ausreichend. Bereits jetzt wird die ehemalige Gymnastikhalle als Provisorium genutzt und soll zukünftig vollumfassend in das OGS-Konzept integriert werden. Dafür ist ein Umbau erforderlich, der mit 200.000 € veranschlagt wird und zu 85 % mit Landesfördermitteln gegenfinanziert werden kann.

### **Mobiliar Umbau Chemieraum Hauptschule: 90.000 €**

Im kommenden Jahr soll der bereits beschlossene Umbau des Chemieraumes der Hauptschule umgesetzt werden. Neben den bereits veranschlagten Baukosten ist neues Mobiliar in der Größenordnung von 90.000 Euro erforderlich.

### **Nahwärme- und Stromanschlüsse am Schulzentrum: insgesamt 622.000 €**

Derzeit werden alle Gebäude am Schulzentrum zentral vom Keller des alten Hallenbades mit Energie versorgt. Zukünftig bekommt jedes Gebäude einen eigenen Nahwärme- und Stromanschluss:

- Hauptschule: 201.000 € (einschließlich Energiezentrale)
- Realschule: 144.000 €
- HoT: 115.000 €
- Dreifachsporthalle: 162.000 €

### **Minispielfeld: 110.000 €, davon LEADER-Förderung 77.000 €**

Das Minispielfeld an den Krollbachauen erfreut sich seit der Eröffnung im Jahre 2011 großer Beliebtheit. Durch den Neubau des Hallenbades musste das Feld vorübergehend versetzt werden. Aufgrund lärmschutztechnischer Gründe ist jedoch eine zeitnahe Rückversetzung in Richtung Krollbach notwendig. Da das alte Feld nicht erneut verwendet werden kann und ein neuer Unterbau erforderlich wird, ist ein Neubau geplant. Das Programm LEADER ermöglicht eine 70-prozentige Förderung, sodass der Eigenanteil nur noch bei 33.000 € liegen wird.

### **Einrichtung öffentlicher Ladesäulen: 200.000 €**

Durch das Gebäudeelektromobilitätsinfrastrukturgesetz (GEIG) ist die Sennegemeinde Hövelhof dazu verpflichtet, an Standorten mit mehr als 20 Stellplätzen im Zusammenhang mit einem Gebäude bis zum 01.01.2025 mindestens einen Ladepunkt zu errichten. Von dieser Regelung sind nach aktuellem Stand 14 Standorte betroffen.

Für die Umsetzung der erforderlichen Ladeinfrastruktur an kommunalen Gebäuden sind im kommenden Jahr 200.000 Euro berücksichtigt.

### **Beteiligung Hövelhofer Nahwärme GmbH**

Während andere noch davon träumen, sind wir schon auf dem besten Wege, ein Nahwärmenetz auszurollen. Die Gemeinde und die Sennebad GmbH dienen als Ankerkunden. Auf den Wegstrecken haben die Anlieger bereits jetzt die Möglichkeit sich anschließen zu lassen. Die neuen Grundstückseigentümer des Baugebietes Portemeiers Kreuz kommen bereits unmittelbar in den Genuss regenerativer Wärme, ohne selbst in die Heizungsanlage investieren zu müssen. Mit der aktuell laufenden kommunalen Wärmeplanung schaffen wir Verlässlichkeit und können den einzelnen Wohnquartieren eine Auskunft darüber geben, ob und wenn ja wann ein Nahwärmeanschluss in ihrem Bereich möglich sein könnte.

Die Nahwärme Hövelhof GmbH ist dabei ein verlässlicher Partner, der nicht ausschließlich Gewinnmaximierung, sondern wertvolle Daseinsvorsorge für die Hövelhofer Bevölkerung im Blick hat. Eine Beteiligung der Gemeinde würde zusätzliches Vertrauen für die Bevölkerung schaffen. Gleichzeitig könnte ein eng abgestimmter Planungsprozess ermöglicht werden. Die Überlegungen für den Beteiligungsprozess sind noch nicht abgeschlossen. Vorsorglich wurden zunächst 150.000 € im Haushaltsplan bereitgestellt.

Liebe Mitglieder des Gemeinderates!

Zum Schluss darf ich noch auf das diesjährige Titelbild des Haushaltsplanes hinweisen. Es zeigt den Henkenplatz von oben mit dem Brunnen und den Skulpturen des irischen Künstlers Alan Ryan Hall. Manchmal sehen wir die Dinge aus der Innensicht zu eingengt, verlieren uns im Klein-Klein und damit den Blick aufs Ganze. Von außen oder von oben betrachtet sieht die Sache schon wieder ganz anders aus.

Von Betrachtern oder Besuchern aus anderen Gemeinden hören wir immer wieder, wie gut sich Hövelhof entwickelt hat. Nehmen wir dies als Kompliment an. Und wie sagte uns der Künstler: „Manchmal dauert es zwei Generationen, bis etwas Neues sich in der Bevölkerung verinnerlicht oder eine Skulptur gar zum Wahrzeichen wird.“ Der Schlossgarten mit Sichtachse, der Hövelmarktplatz und der Henkenplatz haben es trotz mancher kritischen Stimmen schneller in die Herzen der meisten Menschen geschafft. Meckern wir daher nicht wie der Ziegenbock, sondern erfreuen wir uns wie die Heidschnucken an dem aufblühenden Ort und blicken zusammen mit dem Schäfer auf eine gute Zukunft Hövelhofs.

Herzlichen Dank und gute Beratungen!